

Wolfgang Schäuble:

Herr Bundes- kanzler, Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht



Rede des Vorsitzenden der
CDU/CSU-Bundestags-
fraktion in der Haushalts-
debatte des Deutschen
Bundestags am 5. Mai 1999

Wenn man dem Bundeskanzler zugehört hat, hat man ein wenig den Eindruck gehabt, daß die deutsche Politik – der Einzelplan 04 ist immerhin Anlaß zur Generalaussprache über die Politik der Bundesrepublik Deutschland; der Bundeskanzler hat dazu eine Stunde gesprochen – im wesentlichen aus der Krise im Kosovo und aus 630-Mark-Verträgen besteht. Das ist schon ein bißchen wenig, Herr Bundeskanzler, im Hinblick auf die Perspektiven Ihrer Politik.

Nun ist es wahr, notwendig und unvermeidlich, daß die Krise im Kosovo die Debatte hier und auch die Tonart überlagert. Ich will der Versuchung widerstehen, Herr SPD-Vorsitzender Schröder, auf Ihre koalitionsinternen Streitigkeiten, was das Verhältnis zwischen SPD und PDS in Schwerin oder Magdeburg anbetrifft, einzugehen. Es ist angesichts dessen, daß Ihre Mehrheit im Bundesrat auf der Zusammenarbeit mit der PDS beruht, schon bemerkenswert, wie Sie hier miteinander umgehen.

Wir als CDU/CSU-Fraktion haben die Ziele und Aktionen der NATO sowie die Beteiligung der Bundeswehr daran unterstützt. Wir haben das geschlossener getan als große Teile Ihres eigenen Regierungslagers. Wir haben es innerhalb der klaren Grenzen getan, die sich durch

die Beschlußlage ergeben und von denen wir immer gesagt haben, sie dürften nicht in unkontrollierbarer und unkalkulierbarer Weise überschritten werden; es dürfe keine unkontrollierbare Eskalation geben.

Ich bin sehr froh, daß Sie meinen Warnungen in der letzten Debatte – das betrifft insbesondere den Vizekanzler – vor einer Übersteigerung der Rhetorik, die politische Lösungen erschwert, inzwischen gefolgt sind. Auch das ist gut. Über all dies braucht nicht gestritten zu werden; es bleibt bei unserer geschlossenen Haltung. Wir sind in dieser Frage geschlossener und verlässlicher als Teile Ihres eigenen Regierungslagers.

Sie, Herr Bundeskanzler, haben eine halbe Stunde zu diesem Thema gesprochen, und Sie haben nicht eine einzige der Fragen, die die Kollegen Glos und Gerhardt gestellt haben, beantwortet.

Es hilft nichts. So sehr wir uns in bezug auf die Unausweichlichkeit des Handelns der NATO und der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland und der Bundeswehr daran einig sind – daß es uns allen schwerfällt, ist ebenfalls keine Frage –, so sehr müssen Antworten gegeben werden, damit die Menschen es auch verstehen. Natürlich wird zunehmend die Frage gestellt, ob denn die Ziele, die die NATO hin-

sichtlich einer künftigen Regelung im Kosovo genannt hat, so noch erreichbar sind. Wir erleben jetzt seit sechs Wochen Tag für Tag die NATO-Aktionen. Wer plausibel sein will, wer die Zustimmung der Bevölkerung, der Öffentlichkeit und der großen politischen Gruppierungen erhalten will, der muß realistisch mit den Fragen der Menschen umgehen und muß auf sie Antworten geben. Deswegen entspricht das Ausweichen und das Verweigern von Antworten nicht Ihrer Verantwortung.

Ich füge eine Bemerkung hinzu. Der Kollege Gerhardt und der Kollege Glos haben es gesagt: Seit Wochen werden weder der Deutsche Bundestag noch die große Oppositionsfraktion, die die Politik der Regierung unterstützt, über die Beratungen innerhalb der Atlantischen Allianz vor und nach dem Washingtoner Gipfel außer in Form von Pressemitteilungen und Fernsehstatements in irgendeiner Weise unterrichtet. Auch Ihr Debattenbeitrag hat dazu keinerlei Antwort gegeben.

Wenn man sich an Ihre öffentlichen Erklärungen, Herr Bundeskanzler, hält, dann ist es furchtbar schwierig. Sie haben in Ihrer Erklärung zum 1. Mai gesagt: Die Bundesregierung hat jede denkbare diplomatische und politische Initiative ergriffen usw. Dann heißt es: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben sich die Vorschläge der

Bundesregierung auf dem informellen Gipfel in Brüssel zu eigen gemacht, und sie fanden Eingang in die Beschlüsse auf dem Gipfel der NATO in Washington. Weiter haben Sie gesagt: Der deutsche Vorschlag zur Entwicklung eines Stabilitätspakts für die Balkanstaaten hat dabei breite Unterstützung gefunden. – Wir hätten das gern ein wenig genauer gewußt. Denn laut einer Agenturmeldung vom 4. Mai haben Sie gesagt, allerdings sei der Einfluß der Deutschen in der NATO gering. 90 Prozent des Materials und der Kosten des Kosovo-Kriegs würden von den US-Amerikanern getragen. Dies erkläre, wer das Sagen habe.

Ich frage: Was gilt denn jetzt? Machen Sie es doch ein bißchen weniger großsprecherisch. Sagen Sie das vielmehr lieber etwas genauer und realistischer. Wenn es öffentlich nicht geht, dann sagen Sie vertraulich und informell – auf unsere Vertraulichkeit können Sie sich verlassen –, was wirklich Stand der Absprachen, der Überlegungen und der Beratungen innerhalb der NATO ist.

Ich möchte eine weitere Bemerkung hinzufügen. Ich meine die Anzeige der SPD zum Europawahlkampf. Sie ist ganzseitig; Sie haben genügend Geld. Das ist in Ordnung. Wir haben sie ja gesehen. Ich will auch weiter nicht dafür werben. Aber eines geht

nicht – da muß ich widersprechen –, nämlich eine Seite lang mit dem Kosovo-Thema Europa-Wahlkampf zu machen – im Mittelpunkt der ganzen Anzeige steht die große Verantwortung, die Sie angeblich für das Kosovo tragen – und im letzten Satz der Anzeige zu schreiben: Zugleich appelliert die SPD an das Verantwortungsgefühl aller Parteien, den Konflikt im Kosovo nicht zum Gegenstand des Wahlkampfes zu machen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ein solches Maß an Scheinheiligkeit geht dann doch zu weit.

Das will ich Ihnen in aller Ruhe und aller Freundschaft sagen: Sie nähren mit solchem Verhalten – manche sagen, das sei ziemlich typisch für Sie, auch für Sie persönlich – doch den Verdacht, daß es Ihnen auch in den ernstesten Zeiten der Krise im Kosovo in erster Linie um innerparteiliche Rücksichtnahme, in zweiter Linie um innenpolitische Positionsgewinne und überhaupt nicht um die Sache geht.

Der Verdacht, daß Sie diese Haushaltswoche mit allen möglichen anderen Debatten überlagern, weil Sie von der Problematik der Haushaltspolitik und der Politik dieser Bundesregierung insgesamt ablenken wollen, ist nicht von uns erhoben worden.

Die Frage ist nicht beantwortet, warum über den Antrag hinaus, in die-

ser Haushaltswoche das Staatsangehörigkeitsrecht in zweiter und dritter Lesung zu behandeln

– darüber haben wir gestern diskutiert; in der Geschäftsordnungsdebatte hat übrigens der Geschäftsführer der SPD aus angeblich vertraulichen Telefongesprächen seines Fraktionsvorsitzenden mit einem Kollegen wahrheitswidrig berichtet, was auch eine eigene Art des Umgangs zwischen Fraktionsvorsitzenden ist; Herr Kollege Struck, reden Sie einmal mit Ihrem Geschäftsführer, damit er wieder ein Minimum von Anstand einhält und nicht noch aus vertraulichen Gesprächen verleumderische Behauptungen macht –,

vorgesehen war, auch das Mandat für die Bundeswehr im Kosovo-Konflikt in dieser Woche zu erweitern – eine Debatte, die Ihnen nicht leichtfällt, die der SPD nicht leichtfällt, die den Grünen nicht leichtfällt und die auch der CDU/CSU-Fraktion nicht leichtfällt.

Die Begründung, warum dieser Antrag erst in dieser Woche, quasi überfallartig, im Deutschen Bundestag eingebracht wird, obwohl der Verteidigungsminister und der SPD-Fraktionsvorsitzende ihn doch seit Wochen angekündigt haben, auch in Presseerklärungen, haben Sie nicht gegeben. Der Grund ist entweder, daß Sie sich nicht getraut haben, früher den Antrag auf eine

ordnungsgemäße Erweiterung des Mandats einzubringen, oder daß Sie von der Haushaltsdebatte ablenken wollen.

Deswegen sage ich Ihnen in aller Entschiedenheit: Wir stehen zu der Unterstützung, die wir beschlossen haben. Es bleibt dabei; wir werden auch weiterhin verlässlich sein: für die NATO, für die Bundeswehr, für die Beteiligung der Bundesrepublik. Wir werden genauso klar dabei bleiben, daß es keine unkontrollierbare Eskalation geben darf und daß auch der erste Schritt dazu falsch ist. Aber wir werden Sie bei aller Unterstützung der Ziele nicht aus der Verantwortung entlassen.

Sie müssen zunehmend erklären, ob diese Ziele, wie sie vor Wochen Grundlage unserer Beschlußfassung waren, nach den internen Überlegungen der NATO überhaupt noch erreichbar sind oder was sich verändert.

Sie werden eines Tages auch erklären müssen, wenn die Ziele nicht zu erreichen sind, was der Grund dafür gewesen ist und was Sie falsch gemacht haben, so daß die Ziele nicht erreicht werden konnten. Aus dieser Verantwortung werden wir Sie nicht entlassen können. Da wird Ihnen kein Schauspielertrick helfen.

Ich will in diesem Zusammenhang auch sagen: Herr Bundeskanzler, wenn Worte einen Sinn machen, dann haben Sie in Ihrem Debattenbeitrag eben Ihren Bundesinnenminister kräftig gerügt. Das mag berechtigt sein; nur muß es dann klar sein. Der Bundesinnenminister hat uns angegriffen, weil wir gesagt haben: Wir haben doch schon ein paar hunderttausend Menschen aus dem Kosovo in Deutschland. Es ist doch eine Irreführung der Öffentlichkeit, wenn gesagt wird: Die Deutschen haben 10.000 Menschen aufgenommen, und wir werden doch in dieser schlimmen Situation der Vertriebenen und Flüchtlinge in Mazedonien und Albanien nicht kleinlich sein und weitere aufnehmen. – Natürlich nicht! Aber wenn die deutsche Öffentlichkeit das Gefühl haben soll, sie würde von den politisch Verantwortlichen verstanden, gehört auch dazu, darauf hinzuweisen, daß die 10.000 im Grunde nur ein ganz kleiner Teil sind. Wir haben doch in den letzten Jahren eine starke Zuwanderung von Menschen aus dem Kosovo und aus Albanien gehabt. Es sind eher Hunderttausende, die sich in Deutschland aufhalten, als nur 10.000.

Wenn Sie nun sagen, ehe man über eine Erweiterung des deutschen Kontingents redet, sollen zunächst einmal auch die anderen in der Europäischen Union ein paar auf-

nehmen, dann haben Sie Ihren Innenminister kritisiert. Der hat nämlich über eine Erweiterung des deutschen Kontingents geredet, ohne daß die anderen in der Europäischen Union bisher durch die deutsche Präsidentschaft zur Solidarität veranlaßt wurden.

Im übrigen sage ich noch einmal gegen alle Verleumdungen, die Sie versuchen – das werden Sie am Freitag noch einmal machen –: Wir brauchen die Hilfs- und Aufnahmebereitschaft unserer Bevölkerung. Wir können stolz sein auf das große Maß an Hilfsbereitschaft in allen Teilen unserer Bevölkerung. Wir sollten damit pfleglich umgehen.

Das heißt auch, daß wir nicht ohne Not in der Frage der Integration ausländischer Mitbürger Streit fortsetzen, wo wir ihn nicht fortsetzen müssen. Das Angebot von CDU und CSU steht: Wir können auf der Basis beider Gesetzentwürfe den Weg einer gemeinsamen Lösung gehen. Dazu sind wir bereit. Sie dagegen sind dazu nicht bereit; Sie haben dieses Angebot brüsk zurückgewiesen.

Damit spalten Sie unser Volk: Sie können die Tatsache, daß 5 Millionen Menschen Ihr Vorhaben der regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit, das Sie Gott sei Dank aufgegeben

haben – das ist unser Erfolg, und den lassen wir uns nicht kleinreden –, ablehnen, nicht ignorieren. Wenn Sie das im Deutschen Bundestag als „widerwärtig“ bezeichnen, stellen Sie sich gegen die Bevölkerung in Deutschland,

Deswegen appelliere ich noch einmal an Sie: Geben Sie den unsinnigen Versuch des „Augen zu und durch“ und „Weg mit Schaden, koste es, was es wolle“ auf, und lassen Sie uns versuchen, eine gemeinsame Lösung zu finden! Ihr Gesetz enthält keinen Ansatz, der die Integration ausländischer Mitbürger in unserem Lande fördert.

Wir haben dazu ein umfassendes Konzept. Deswegen bieten wir Ihnen an: Suchen wir eine gemeinsame Lösung! Wenn Sie Ihren eigenen Weg gehen wollen, spalten Sie die Bevölkerung und schaden der Aufnahmebereitschaft.

Entweder wollen Sie dieses Vorhaben im Schatten der Haushaltsdebatte durchziehen, oder Sie wollen von der Haushaltsdebatte ablenken. Deswegen sage ich – auch das gehört in diese Debatte hinein –: Diese Debatte entlarvt das Scheitern Ihrer Regierung. Manche haben mit dem Rücktritt Lafontaines vor ein paar Wochen die Hoffnung verbunden, es werde nun besser. Denn der Start Ihrer Regierung war ja nach der Auffassung aller – selbst nach

Ihrer eigenen Auffassung – ein einziges Desaster. Manche haben gehofft, das sei eine zweite Chance, die Chance auf einen neuen Anfang. Aber es ist nichts besser geworden, seitdem sich Lafontaine aus der Politik zurückgezogen hat. Ob es ein dauerhafter Rückzug ist, bleibt ja abzuwarten.

In den ersten Wochen Ihrer Regierungszeit haben Sie in der Gesetzgebung eine große Hektik verbreitet – da ging alles in die falsche Richtung –, seit Weihnachten sind wir nur noch damit beschäftigt nachzubessern. Herr Bundeskanzler, es geht doch nicht um die Korrektur von Entscheidungen, die in 16 Jahren der Regierung von Helmut Kohl getroffen wurden. Sie sind doch zur Zeit ausschließlich mit der Korrektur Ihrer eigenen Entscheidungen beschäftigt.

Nach Hektik und Korrektur ist jetzt in Wahrheit totaler Stillstand eingetreten. Die Bevollmächtigte des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund hat in diesen Tagen zu einer Ausstellungseröffnung eingeladen, die gestern abend in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen stattfand. Ich dachte, diese Ausstellung am Tag vor der Debatte über Ihren Einzelplan sei das Motto dieser Haushaltsdebatte. Der Titel der Ausstellung lautet nämlich „Der Leere gewahr“. Das ist das

Kennzeichen dieser Haushaltsdebatte.

Sie sind ja gelegentlich sehr mit Bekleidungsfragen beschäftigt gewesen. Inzwischen stellen wir fest, des Kanzlers neue Kleider sind wie des Kaisers neue Kleider: Wer genau hinschaut, findet nichts. Die Politik dieser Regierung ist durch vollständigen Stillstand gekennzeichnet.

Sie haben angekündigt, den vielgelobten Aufbau Ost zur Chefsache machen zu wollen. Die Ankündigung, der Kanzler mache etwas zur Chefsache, ist längst zu einer Drohung geworden. Hier haben Sie noch einmal davon geredet, was die Menschen in den neuen Bundesländern empfinden. Ihr Staatsminister im Kanzleramt hat es fertiggebracht – auch das paßt zum Titel „Der Leere gewahr“ –, ein Interview zu geben, das die „Thüringer Allgemeine Zeitung“ nicht drucken konnte. Veröffentlicht wurde nur ein Bild des Staatsministers – und im übrigen hinreichend weißer Raum. Dies ist inzwischen kennzeichnend für die Ergebnisse rot-grüner Regierungspolitik: Genau hingeschaut, bleibt nichts – „Der Leere gewahr“.

Anhand einiger Fragen, die wir hier diskutieren, will ich Ihnen das aufzeigen. Was ist das für ein Finanzminister, der in seiner Haushaltsrede ständig ankündigt, im nächsten

Haushalt solle gespart werden?
Meine Damen und Herren, wir beraten gerade den Haushalt 1999. In diesem Haushalt gibt es die seit Jahrzehnten höchste Steigerungsrate der Ausgaben: 6,3 Prozent mehr Ausgaben.

Das ist genau dieselbe Politik: Zuerst gehen Sie in die falsche Richtung, und dann kündigen Sie an, daß Sie den Mist nächstes Jahr wieder halbwegs in Ordnung bringen werden. Sparen Sie doch jetzt und nicht erst 2000! Sie steigern die Ausgaben.

Sie haben 30 Milliarden DM Steuermehreinnahmen für den Bundeshaushalt 1999 und kommen nicht hin. Wir hatten Ihnen einen Haushaltsentwurf vorgelegt. Der heutige Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium hat Ihnen damals geraten: Laßt uns den Waigelschen Haushalt nehmen; wir werden keinen besseren hinbekommen. – Da hatten wir eine Steigerungsrate der Ausgaben von 1,9 Prozent. Jetzt haben wir eine Ausgabensteigerung von 6,3 Prozent. So zerrüttet man die Grundlagen von Wachstum, Investition und Beschäftigung.

Herr Bundeskanzler, jetzt haben Sie wieder einen Taschenspielertrick gemacht und gesagt, die Arbeitslosenzahl sei im März 1999 um 400 000 niedriger gewesen als im März vergangenen Jahres. Das ist richtig,

unbestritten. Aber, Herr Bundeskanzler, die Arbeitslosenzahl ist von Januar bis Oktober 1998 saisonbereinigt um über 400.000 gesunken. Wenn Sie die Zahlen von März 1999 mit den Zahlen von März 1998 vergleichen, stellen Sie fest: Das sind genau die 400.000, um die die Arbeitslosenzahl unter der Regierungsverantwortung Ihres Vorgängers Helmut Kohl gesunken ist. Das ist die Wahrheit.

Herr Bundeskanzler, seit Sie regieren, haben wir nur noch Stagnation. Die Zahl der Arbeitsplätze ist gesunken; die Arbeitslosigkeit stagniert saisonbereinigt. Aber Sie müssen die Wahrheit sagen: Da die Zahl der Erwerbspersonen durch die demographische Entwicklung laufend zurückgeht, bedeutet eine Stagnation der Arbeitslosigkeit in Wahrheit eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt. Das ist die Folge Ihrer Politik: von Verunsicherung der Wirtschaft, Steuerchaos, ständigen Ankündigungen und Korrekturen, Höherbelastungen. Sie haben gesagt, Sie kümmern sich um den Mittelstand. Das ist die schlimmste Drohung, die man gegenüber dem Mittelstand aussprechen kann.

Sie haben selber gesagt: Die wirtschaftliche Entwicklung hängt nicht nur von Zahlen, sondern auch von Psychologie ab. Verehrter Herr Bun-

deskanzler, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, das Durcheinander, das Chaos, die ständigen Steuererhöhungen, einschließlich der teilweisen Korrekturen, führen zu der tiefgreifendsten Verunsicherung, die für die Wirtschaft in allen Bereichen, im produzierenden Gewerbe wie im Dienstleistungsgewerbe, überhaupt möglich ist. Deswegen ist Ihnen die konjunkturelle Entwicklung weggebrochen. Sie verschlechtert sich von Monat zu Monat. Ihre Ausrede, das sei außenwirtschaftlich bedingt, entlarvt sich bei einer ruhigen, genauen Betrachtung durch einen europäischen Vergleich: Die Entwicklung in Deutschland ist im Vergleich zu der anderer europäischer Länder seit Oktober 1998 signifikant schlechter.

Der Deutsche Aktienindex entwickelt sich schlechter als europäische Aktienindizes. Wenn es in Deutschland auf einmal schlechter läuft als in anderen europäischen Ländern, kann die Ursache, Herr Bundeskanzler, nicht in Südamerika liegen. Sie liegt vielmehr im Kanzleramt und in Ihrer Regierung.

Ich will Ihnen das einmal an den wenigen Beispielen, um die sich die ganze Debatte dreht, darlegen: 630-Mark-Verträge, Scheinselbstständigkeit, Ökosteuer. Was ist das Problem Ihrer Politik? Natürlich haben wir langfristige Probleme; darüber

besteht doch gar kein Streit. Daß ein arbeitskosten-, ein lohnkostenorientiertes Sozialversicherungssystem auf Dauer ein Problem hat, wenn ein größerer Teil der Beschäftigung sozialversicherungsfrei ist, ist völlig unstreitig. Die Frage ist, wie man es löst.

Sie sind nach dem Prinzip vorgegangen, zuerst zu handeln und dann nachzudenken, wie man vorgehen könnte, um anschließend gegebenenfalls zu korrigieren. Ich würde vorschlagen: Wir denken zuerst darüber nach, wie wir das Problem lösen können, und dann handeln wir. Das wäre der bessere Weg mit weniger Verunsicherung.

Das eigentliche Problem Ihrer Politik besteht darin, daß es Ihnen in Wahrheit überhaupt nicht darum gegangen ist, irgendwelche sachlichen Probleme zu lösen. Ihnen ist es statt dessen darum gegangen, das Geld wieder einzukassieren, das Sie von Oktober bis Dezember fälschlicherweise und leichtfertigerweise ausgegeben und verschwendet haben. Das ist das Problem.

Ich komme jetzt zum Stichwort Ökosteuer. Darunter verstehen die Menschen, daß das Steuersystem Anreize zum Energiesparen gibt. Das nennt man Ökosteuer. Wie wollen Sie unter diesem Gesichtspunkt vertreten, daß der Steuersatz um so

niedriger ist, je höher der Energieverbrauch ist? Das ist doch grober Unfug. Das zeigt auch, daß es Ihnen nur darum geht, Einnahmequellen zu erschließen. Es geht Ihnen nicht um die Lösung eines sachlichen Problems.

Wenn Sie das Problem Energieverbrauch und Umweltschutz in Angriff nehmen wollen, dann müssen Sie in Gottes Namen darüber nachdenken, wie Sie es vermeiden können, daß der Umweltschutz gegen die Arbeitsplätze ausgespielt wird. Darüber haben Sie nicht nachgedacht. Sie haben im Wege des Nachbesserns den größten Unfug beseitigt. Aber dabei ist ein solcher Krampf herausgekommen, daß es nur noch um das Abkassieren und nicht mehr um eine sachliche Lösung geht.

Ich komme nun zu den Scheinselbstständigen und den 630-Mark-Verträgen. – Lassen Sie uns ganz ruhig bleiben. – Ich habe schon auf dem Leipziger Parteitag meiner Partei – ich weiß gar nicht mehr, wann der war; das liegt schon ein paar Jahre zurück – gesagt: Wir haben ein Problem, und jede Lösung ist schwierig. Die Tatsache aber, daß jede Lösung schwierig ist, ändert nichts daran, daß wir ein Problem haben. Deswegen haben wir daran gearbeitet; wir hatten noch keine

richtige Lösung gefunden. Das haben wir immer zugegeben.

Sie können das Problem nur lösen, wenn Sie den Abstand zwischen Transfereinkommen und Arbeitseinkommen so verändern, daß sich auch geringer bezahlte Arbeit, auch Teilzeitarbeit lohnt. Wenn die Menschen ohne Arbeit genausoviel Geld haben wie die mit Arbeit, dann geht es nicht.

Sie können das Problem nur in einem Gesamtkonzept lösen. Dieses Gesamtkonzept muß das Ziel „Arbeit für alle“ verfolgen. Es muß mehr Flexibilisierung und Anreize enthalten, auch geringer bezahlte und geringer qualifizierte Arbeit aufzunehmen, weil das besser ist, als gar keine Arbeit zu haben. Nur wenn Sie die Elemente der Eigenverantwortung stärken und mehr Flexibilität und Differenzierung durchsetzen, werden Sie es schaffen.

Sie wollten aber nur ein Abkassiermodell verwirklichen. Was war es sonst? Bei Ihnen stand doch die Überlegung im Vordergrund, den Zuschuß zur Rentenversicherung – Sie brauchten 4,5 Milliarden DM für die Rentenversicherung – nicht zu 100 Prozent vom Bund bezahlen zu lassen, sondern zu 57 Prozent von den Ländern und Gemeinden. Das war Ihr Ansatz. Das ist genau der

Weg, auf dem Politik scheitert und der ins Chaos führen muß. Deswegen ist das, was Sie gemacht haben, nicht nur ungenügend, sondern es schadet unserem Land, weil es unser Land nicht voranbringt, sondern zurückwirft.

Manchmal wird einem fast schwindelig, wenn man die Agenturmeldungen liest. Ich habe gestern eine Agenturmeldung von „dpa“ von 17.18 Uhr gelesen. Darin hat Herr Riester – er ist immer noch Arbeitsminister, auch wenn er nicht so häufig da ist; er wird auch nicht mehr oft da sein, wenn man die Debatte richtig verfolgt – erklärt, er habe mit Bundeskanzler Schröder in einem Gespräch vereinbart, das 630-Mark-Gesetz nicht zu verändern. Auch beim Gesetz für die arbeitnehmerähnlichen Selbständigen gebe es aktuell keinen Änderungsbedarf. „Das“ – so Riester wörtlich – „ist die gemeinsame Position von Gerhard Schröder und mir.“

In der Agenturmeldung von „Reuters“ von 17.53 Uhr war zu lesen, Schröder habe bei dem Treffen mit den jungen Abgeordneten den klaren Willen gezeigt, in beiden Bereichen – 630-Mark-Jobs und Scheinselbständigkeit – Probleme nicht nur durch Korrekturen an der Umsetzung der Regelungen, sondern auch durch Gesetzesänderungen zu lösen. – Ja, was gilt denn nun? Nicht einmal 35 Minuten beträgt die Halb-

wertszeit Ihrer Erklärungen, Herr Bundeskanzler.

Weil Ihnen nicht einmal mehr die Korrektur Ihres eigenen Unfugs gelingt und Sie sich immer mehr darin verstricken, machen Sie jetzt den Ansatz zur Methode, überhaupt nicht mehr zu entscheiden. Ich habe schon in früheren Debatten gesagt: Nichts gegen ein „Bündnis für Arbeit“, wenn es nicht dazu dient, Verantwortung zu verweisen. Für die politischen, für die gesetzgeberischen Entscheidungen bleiben Regierung und Parlament verantwortlich und für die Tarifentscheidungen die Tarifpartner.

Das „Bündnis für Arbeit“ wird mehr und mehr zur Alibiveranstaltung; es wird nichts entschieden. Wenn das „Bündnis für Arbeit“ den Sinn haben sollte, daß sich die Verantwortlichen von Politik, Regierung, Wirtschaft und Gewerkschaften darauf verständigen, daß man in den jeweiligen Entscheidungen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Schaffung von Beschäftigung den Vorrang gibt, dann wäre das wunderbar. Nur, davon können wir nichts erkennen. In der Regierungspolitik und in Ihren Entscheidungen wird jedenfalls der Beschäftigung kein Vorrang gegeben. Vielmehr fällt sie absolut unter den Tisch. Auch die Tarifverträge geben dem Gesichtspunkt der Beschäfti-

gung bisher keinen Vorrang in unserem Lande.

Aber die Methode, nicht mehr zu entscheiden und auszuweichen, erscheint erfolversprechend für Sie. Im Zusammenhang mit der Energiepolitik haben Sie ein paar Monate lang im rot-grünen Lager so hin und her gequatscht, daß einem fast schon das Mitleid kommen konnte. Sitzt der Herr Trittin noch auf der Regierungsbank? Ist er noch anwesend?

Die energiepolitischen Fragen sind schwierig. Unser Land braucht Klarheit. Wir brauchen eine langfristig sichere Energieversorgung, die auch globaler Verantwortung gerecht wird und die die Risiken minimiert. Das sind schwierige Fragen. Aber die müssen Sie doch entscheiden!

Was macht jetzt der Wirtschaftsminister? – Er hat in der kurzen Zeit, in der er Herrn Lafontaine vertreten hat, sowieso viele Ideen gehabt. – Er setzt jetzt eine Kommission ein, in der alle Parteien, alle gesellschaftlichen Gruppen zusammen palavern sollen, damit man als Regierung ja nicht mehr entscheiden muß. Sagen Sie doch, was Ihre Position ist, und lassen Sie uns dann darüber streiten, ob das der richtige Weg ist! Weichen Sie Ihrer politischen Verantwortung und der parlamentarischen Entscheidung nicht aus!

Der Herr Müller hat als Wirtschaftsminister den Vorschlag gemacht, man könne die Steuern für die Unternehmen um so viel senken, wie die Unternehmerverbände ihrerseits in der Lage seien, Vorschläge für den Abbau von Subventionen zu machen.

Das ist eine gute Idee. Nur, dann brauchen wir keinen Wirtschaftsminister. Dann sollten wir wirklich – ich weiß nicht, welchen Einzelplan das betrifft, Dietrich Austermann – das Ministergehalt streichen. Der Mann ist völlig überflüssig, wenn er nicht selber Vorschläge machen kann.

Sie wollen die Verantwortung für Ihre Entscheidungen immer wegschieben. Auch der Herr Eichel redet schon davon – ich habe das am Sonntag im Fernsehen gesehen –: In der Steuergesetzgebung sei er gerne bereit, die Vorschläge zu machen, für die es einen Konsens zwischen den gesellschaftlichen Gruppen gebe.

Der Herr Scharping will inzwischen die Fragen, wie die künftige Struktur der Bundeswehr aussehen soll, durch eine große Kommission untersuchen lassen. Ich habe nichts dagegen. Ich habe Respekt vor Richard von Weizsäcker und vor allen Mitgliedern der Kommission sowieso.

Aber ich sage Ihnen: Wenn Sie nicht die Kraft haben, als Regierung selber zu entscheiden, dann sind Sie fehl am Platze. Sie müssen die Verantwortung tragen.

Das Ergebnis Ihrer Politik ist: Erst Hektik in die falsche Richtung, dann Bemühungen um Korrektur dessen, was falsch war, dann Verlagerung der Verantwortung auf irgendwelche Konsensrunden, bei denen nichts herauskommt. Das Ergebnis Ihrer Politik ist Stillstand in diesem Lande – so wie auf dem Arbeitsmarkt.

Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Ich weiß vielleicht besser als andere, daß es schwierig ist, Reformen in diesem Lande durchzusetzen. Das ist keine Frage. Warum soll man darüber streiten? Wir haben in diesen Tagen 50 Jahre das Grundgesetz. Wir sind eine hochentwickelte, komplexe und komplizierte Gesellschaft. Wir haben gestern abend auch mit den Mitgliedern des Verfassungsgerichts in einem Punkt darüber diskutiert. Das ist alles wahr. Aber gerade weil dies kompliziert ist, ist es eine Katastrophe, daß diese Regierung, die mit dem Versprechen angetreten ist, Reformen für unser Land durchzusetzen, durch ihre Unfähigkeit den Begriff der Reformen in einem solchen Maße diskreditiert. Auch das schadet unserem

Land. Unser Land braucht Innovationen.

Sie haben es immer noch nicht verstanden: Wenn wir mehr Innovationen wollen, wenn wir mehr Reaktionsfähigkeit auf die Entwicklungen wollen, die auf dem Arbeitsmarkt, in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft stattfinden – die gesellschaftlichen Veränderungen sind: der Altersaufbau, die Tatsache, daß die Hälfte aller Haushalte Einpersonenhaushalte sind, und die Globalisierung –, und wenn wir die notwendigen Anpassungen an die sich verändernde Wohlstandsgesellschaft erreichen wollen, müssen wir die Kräfte der Veränderung stärken.

Das geht nicht mit bürokratischem Zentralismus. Deswegen sind Sie auf dem Berliner Gipfel in der Europäischen Union gescheitert. Wer anfängt, nur ein paar Milliarden hin- und herschieben zu wollen, hat schon verloren. Sie hätten stärker auf die Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips in Europa setzen müssen. Nicht europäische Beschäftigungsprogramme lösen unsere Probleme am Arbeitsmarkt, sondern die Stärkung der Betriebe – durch Arbeitgeber, Gewerkschaften und Betriebsräte –, die Stärkung der Eigenverantwortung sowie mehr Flexibilität im Arbeitsrecht und im Kündigungsschutzrecht. Das ist der richtige Weg. Alle Entscheidungen

gen, die Sie getroffen haben, waren falsch.

Zur Rückgängigmachung aller Reformen für mehr Eigenverantwortung: Jetzt ist die Gesundheitsministerin völlig und hoffnungslos in die Frage verstrickt, wie sie das Gesundheitssystem und die gesetzlichen Krankenkassen bezahlbar halten will. Unsere behutsamen, maßvollen, natürlich umstrittenen, aber in der Richtung richtigen Schritte, Elemente der Eigenverantwortung zur Förderung von Sparsamkeit in die sozialen Sicherungssysteme einzuführen, waren vernünftig und notwendig. Sie haben das rückgängig gemacht. Den demographischen Faktor aus der Rentenversicherung zurückzunehmen und jetzt nach Kassenlage über die Rente zu diskutieren, ist Unfug und im übrigen das schlimmste Unrecht im Hinblick auf die langfristige Sicherheit unserer Renten.

Sie machen eine Steuerpolitik, die überhaupt nicht mehr von Entlastung der Wirtschaft und von Arbeitsplätzen, sondern nur noch von Umverteilungsmodellen redet.

Sie hatten im Oktober des letzten Jahres einen Spielraum von 20 Milliarden DM für eine Nettoentlastung im Jahre 1999. Diesen Spielraum haben Sie verwirtschaftet. Inzwischen ist eines unstrittig – das ist in

der Debatte schon gesagt worden: Michael Glos und der Kollege Gerhard haben es dargelegt: Natürlich war auch unser Petersberger Modell Einwänden und kritischen Fragen ausgesetzt – es gibt nichts, bei dem es nicht auch kritische Einwände gibt. Wenn man aber in diesen Wochen die Hilflosigkeit Ihrer Bemühungen zur Unternehmenssteuerreform sieht, dann zeigt sich immer mehr, daß wir auf dem richtigen Weg waren. Es wird immer klarer, welch schwere Verantwortung Sie, Herr Bundeskanzler, als damaliger Ministerpräsident von Niedersachsen, Herr Eichel, Herr Lafontaine und all die anderen Blockierer, auf sich geladen haben, als Sie in der vergangenen Legislaturperiode Schritte für eine Entlastung der Wirtschaft und für Arbeitsplätze blockiert haben. Daß Sie jetzt nicht zu einer Politik fähig sind, die die Steuer- und Abgabenbelastung schrittweise reduziert, das ist das eigentliche Elend, wo es doch darum geht, in unserem Lande für mehr Beschäftigung und für Arbeit für alle zu sorgen.

Der Start ist Ihnen gründlich mißlungen; das ist unstrittig. Die Richtung Ihrer Politik ist falsch. Es fehlt die Substanz in Ihrer Politik.

Wir erleben nach etwas mehr als 100 Tagen eine dramatische Verschlechterung des Wirt-

schaftsklimas, der Investitionsbereitschaft, der Konjunktur und der Wirtschaftswachstums-erwartungen sowie eine Stagnation am Arbeitsmarkt, wo wir im letzten Jahr saisonbereinigt noch einen Rückgang der Zahl der Arbeitslosen um 400.000 zu verzeichnen hatten.

Viele – auch in Ihren eigenen Reihen – haben gehofft, daß Sie nach dem Abgang von Lafontaine – wenn es denn geholfen hätte, sollte es mir sehr recht sein; ich habe keine Schadenfreude wegen des Elends, das Ihre falsche Politik produziert, weil mir das Land und die Menschen, die Opfer dieser Politik sind, leid tun – die Chance zu einem zweiten Anfang, zu einem neuen Start nutzen würden. Jetzt aber sind Sie dabei, diese zu vertun.

Der „Spiegel“ hat in diesen Tagen gefragt: Was wird den Kanzler als nächstes davon abhalten – zuerst war es Lafontaine, dann war es der Krieg im Kosovo –, das zu tun, wofür er gewählt wurde? Meine Antwort ist einfach, und sie ist bitter: Sie sind nicht in der Lage, das zu tun, wofür Sie gewählt wurden und was Ihre Verantwortung ist, weil Sie vor der Wahl keine Vorstellung hatten, wofür Sie überhaupt Kanzler werden wollten. An Kanzleramtszäunen rütteln, letztlich aber keine Vorstellung von der Politik des Landes haben!

Das rot-grüne Lager ist zerrissen.

Es ist doch herzerreißend, wie es in der SPD zugeht. Daß Sie in der eigenen Fraktion, obwohl Sie und die Fraktionsvorsitzenden Struck und Schlauch dafür waren, das 630-Mark-Gesetz und das Scheinselbständigengesetz zu korrigieren, aufgelaufen sind, ist doch ein Menetekel; Sie haben auch in Ihrer SPD-Fraktion keine Unterstützung.

Die Grünen – ach du lieber Himmel – sind ja wirklich nur noch ein Bild des Jammers. Sie sind einmal für Ideen angetreten, hatten mal ein paar Punkte. Das einzige, was sie noch hier und zusammenhält, sind die Posten und die Angst, sie zu verlieren – nichts anderes.

Diese Zerrissenheit und Ihr Mangel an Substanz sind der Grund, der Sie auch beim nächstenmal hindert, unser Land voranzubringen. Es liegt an der Inhaltsleere Ihrer Politik, an der Tatsache, daß es nur noch um Medieninszenierung, Ereignismanagement, Talk-Shows und sonst etwas geht, um nacktes Überleben. Im Augenblick sind Sie nur noch mit der Frage beschäftigt, wie Sie über den Grünen-Parteitag hinwegkommen, ohne daß Ihnen die Koalition auseinanderfliegt. Und dann kommt wieder das Postengeschacher um die EU-Kommission. Die Substanz des Landes und der politischen

Probleme beschäftigt Sie überhaupt nicht.

Ich sage Ihnen: Die Menschen werden dieser Tatsache zunehmend gewahr, so wie es die Ausstellung in der Landesvertretung Nordrhein-Westfalen gestern abend zeigte. Die

Bevölkerung merkt es, sie wird der Leere gewahr.

Herr Bundeskanzler, Sie werden Ihrer Verantwortung nicht gerecht!

*(Langanhaltender Beifall
bei der CDU/CSU sowie Beifall
bei der FDP)*